

Flächenfraß in Bayern

Stilleben mit Betonklotz

Das Wachstum in Bayern hinterlässt seine Spuren, immer mehr Natur soll weichen – für Werke, Hallen und Großlager. Die Grünen haben den Flächenfraß für den Wahlkampf entdeckt und bringen die CSU damit in die Bredouille.

Von ALEXANDER HANEKE, HERRIEDEN



© Patrick Junker

Wo vor kurzem noch Wiesen lagen, steht jetzt ein Betonklotz mit 96 Ladetoren:
Werkshalle des Spielzeugherstellers Playmobil in Herrieden

Um zu zeigen, was er meint, muss Josef Göppel nicht weit fahren. Einen knappen Kilometer zieht sich die Landstraße hinter seinem fränkischen Heimatort durch die Wiesen und Felder, dann erscheint sie hinter einer Baumreihe: Eine gerade, mehr als einen halben Kilometer lange weiße Wand steht da in der sanften Hügellandschaft und lässt alles um sich herum winzig erscheinen.

Einen Moment braucht es, dann wird die Wand als Teil einer Gewerbehalle erkennbar. Schon das Küchencenter und das Modeoutlet mit dem großen Parkplatz und den Zypressen, die etwas deplaziert in den fränkischen Wiesen stehen, hatten Josef Göppel gestört. Doch sie fügen sich beinahe diskret in die Landschaft, seit der weiße Gigant hier alle Maßstäbe gebrochen hat.

Auf mehr als 80.000 Quadratmetern werden in der Halle die kleinen Spielzeugwelten der Firma Playmobil für den Versand vorbereitet, die aus den Produktionsstandorten in Dietenhofen, Malta, der Tschechischen Republik und Spanien hierher nach Herrieden gebracht werden.

18 Fußballfelder Beton und Asphalt pro Tag

Göppel stellt sein Auto am Straßenrand ab und steigt auf einen Erdhügel. Es ist der Aushub, mit dem man die Landschaft für die große weiße Halle begradigt hat. Von oben, wo Disteln und hüfthohes Gestrüpp den langen Sommer über vor sich hin dorrt, kann er die Dimensionen überblicken: 96 Ladetore, an denen die fertigen Pakete in die Lkw verladen

werden. Hinter der Halle rauscht die Autobahn A6 in Richtung Nürnberg. Drum herum die Äcker der anliegenden Bauern. In der Ferne, am Ende des langen weißen Klotzes, fällt eine Pferdekoppel zum Wald hin ab. Auch sie soll bald verschwinden, wenn es nach den Plänen der Spielzeugfirma und des CSU-Bürgermeisters von Herrieden geht.

Das Geschäft läuft gut, neben dem Logistikzentrum soll demnächst ein 42 Meter hohes Regallager entstehen. Gegenüber will die Gemeinde das Gewerbegebiet noch einmal erweitern. Eine Bürgerinitiative kämpft mit Göppels Beistand gegen die Pläne von Playmobil und dem CSU-geführten Stadtrat. Rund 200 Bürger haben sich unter dem Motto „Heimat Herrieden“ zusammengetan.

Das Wort „Heimat“ im Mund des politischen Gegners klingt für die CSU stets bitter. Doch das Problem mit den Gewerbegebieten hat in Bayern längst eine größere Dimension angenommen. Mehr als 48.000 Unterschriften haben die Initiatoren eines Volksbegehrens unter dem Motto „Betonflut eindämmen“ im Frühjahr gesammelt. Der Verfassungsgerichtshof erklärte die Initiative zwar für unzulässig – die vorgeschlagene Obergrenze für Flächenversiegelung hätte in die kommunale Planungshoheit eingegriffen –, doch das Thema war in der Welt. Und mit ihm die Botschaft: Jeden Tag verschwinden in Bayern 13 Hektar unter Asphalt und Beton, was der Größe von 18 Fußballfeldern entspricht.

Das Gesicht der Kampagne ist der Grünen-Spitzenkandidat für die Landtagswahl, Ludwig Hartmann. Er konnte das Thema unter dem Slogan „Damit Bayern Heimat bleibt“ in den Wahlkampf führen. Die Grünen haben damit erstmals ein Thema gesetzt, das überall in Bayern, nicht nur in den Städten, verfährt. Vor allem aber haben die Initiatoren mit der Kampagne dem Gefühl vieler Menschen, das sie beim Anblick der vielen neuen Industrie- und Gewerbehallen in der Landschaft erfasst, einen Begriff gegeben: Flächenfraß.



© Patrick Junker

Ist gegen Flächenversiegelung: Josef Göppel

Fortschritt auf Kosten der Heimat

Josef Göppel ist nicht irgendwer in Herrieden. In dem kleinen Ort, dessen historischer Kern sich an die Auen der Altmühl schmiegt, wurden die Toten der Familie Göppel schon im Dreißigjährigen Krieg in den Gemeindebüchern erwähnt. Und Göppel ist nicht irgendwer in der CSU. 32 Jahre saß er im Stadtrat, vertrat die Gegend acht Jahre lang im Bayerischen Landtag und schließlich bis zum vergangenen Herbst 15 Jahre im Bundestag.

Mit seiner sanften Stimme und dem ruhigen Auftreten wird er gern als das grüne Gewissen seiner Partei bezeichnet, eine Rolle, mit der man es in der CSU nicht immer leicht hat. Göppel weiß, dass in der Parteiführung längst die Alarmglocken schrillen. „Die CSU will immer die Spitze des Fortschritts sein“, sagt er. „Aber von vielen Menschen wird das nicht mehr geteilt, wenn der Fortschritt immer mehr auf Kosten der Heimat geht.“

Ausnahmen über Ausnahmen

Holger Magel kann noch berichten, wie es früher war. „Bayern war immer besonders stolz auf seine strenge Raumordnung“, sagt Magel. Der Außenbereich, also die Flächen außerhalb der Ortschaften, waren geschützt. Gebaut werden durfte grundsätzlich nur in Siedlungen und nicht auf der grünen Wiese. „Das war eiserner Grundsatz, so bin ich als junger Baurat aufgewachsen.“ Magel war lange in der bayerischen Landesverwaltung, später hatte er einen Lehrstuhl für Bodenordnung an der TU München. Die strenge Raumordnung ist Vergangenheit. Immer weiter wurde der Landesentwicklungsplan in den vergangenen Jahren gelockert, eine Ausnahme nach der anderen kam hinzu.

Vor allem an Autobahnausfahrten und Bundesstraßenkreuzungen durfte nun gebaut werden. „Mit dem Argument Arbeitsplätze wird da alles durchgesetzt“, sagt Magel. „Jeder Bürgermeister will ja mehr Einnahmen aus der Gewerbesteuer und weist deshalb immer neue Gebiete aus.“ Doch so viele Arbeitsplätze würden dadurch oft gar nicht geschaffen, wenn ein Betrieb nur von einem Ort in den nächsten zieht. Die Grünen bringen auch gern das Beispiel der Umgehungsstraßen, die durch die Landschaft geschlagen werden, und an denen sich dann die großen Supermärkte ansiedelten. Die Ortskerne sind dann ruhig, aber verwaist.



© dpa

Das Oberlandesgericht hatte ein Volksbegehren gegen Flächenfraß abgewiesen. Die Grünen machen sich das im Landtagswahlkampf zu nutze.

Betonklötze werden zum Problem für die CSU

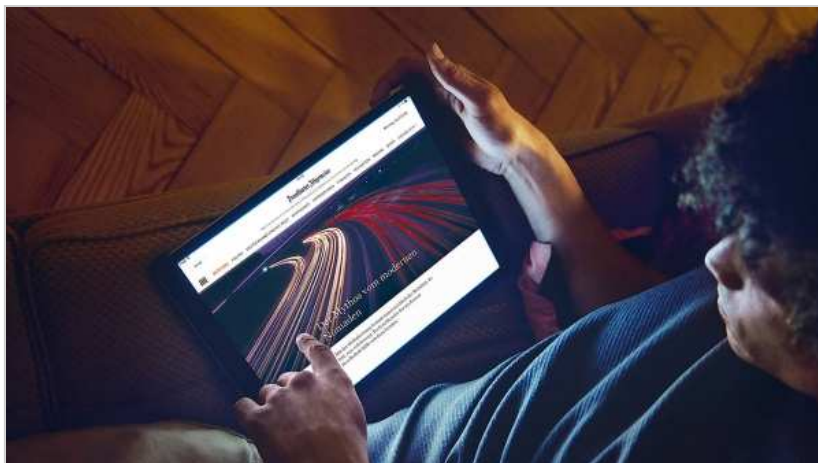
Im vergangenen Jahr wollte Ministerpräsident Markus Söder, der damals noch Heimatminister war, den Landesentwicklungsplan weiter lockern, so dass auch die letzten Einschränkungen für Gewerbeflächen an Autobahnausfahrten gefallen wären. Magel nennt das Vorhaben einen Sündenfall. In den Ausschussanhörungen im Landtag hatte er sich als Experte dafür ausgesprochen, den Gemeinden die Ausweisung von Gewerbegebieten ganz aus der Hand zu nehmen. „Die Gewerbegebiete an den Autobahnen fressen sich heute wie Metastasen in die Landschaft“, sagt Magel. „Vor allem die großen Logistikzentren sprengen alle Proportionen.“ Der Flächenfraß sei ein „Megathema“ in Bayern.

Die CSU hat spätestens seit der Initiative für das Volksbegehren das Problem, dass die brachialen Klötze entlang der Autobahnen vor allem mit ihrer Politik in Verbindung gebracht werden. Wie die großen Windkraftanlagen stets für die Grünen standen und die Gegner der Energiewende ständig an ihre Wut auf diese Politik erinnerten, kündeten die Logistikhallen an den Autobahnen weit sichtbar von einer Zukunft, in der das Wachstum immer weiter bis in den letzten Winkel des Landes getrieben wird.

Immerhin reagiert die CSU noch

Göppel kann noch aus einer Zeit erzählen, als CSU und Ökologie noch nicht als Gegensätze galten und das erste Umweltministerium der Welt in Bayern geschaffen wurde. Das war 1970, lange vor der Gründung der Grünen, die das Thema zur politischen Linken zogen. Umweltpolitiker hatten es auch damals schon nicht leicht in der traditionell wirtschaftsfreundlich gestimmten CSU. In guten Zeiten wurde Göppel in seiner Partei als Außenseiter belächelt, in schlechten mit dem Ausschluss bedroht.

2014 verlor er die Obmannschaft der Union im Umweltausschuss des Bundestages, weil er immer wieder – auch jenseits ökologischer Fragen – gegen seine Fraktion gestimmt hatte. Vor allem der frühere Generalsekretär und heutige CSU-Landesgruppenchef Alexander Dobrindt trimmte die Partei in den zurückliegenden Jahren auf einen konsequenten antigrünen Kurs. Die Folge ist nun, dass die Gegenseite den Spieß leicht umdrehen kann und die CSU als der Gegenpol zu einer umweltfreundlichen Politik dasteht.



F.A.Z. Edition

Die digitale Ausgabe der F.A.Z. für alle Endgeräte optimiert und um multimediale Inhalte angereichert

[MEHR ERFAHREN](#)

Göppel geht noch einen Schritt weiter. „Die CSU hat sich die letzten Jahre nur noch mit der Flüchtlingspolitik beschäftigt und darüber das Gespür für die anderen Themen verloren“, sagt er. Für eine Partei, die ihr Selbstverständnis daraus speist, dass gerade sie nahe an den Menschen ist, könnte das Urteil kaum härter ausfallen. „Die Sehnsucht vieler Menschen nach der Bewahrung ihrer Heimat auch in diesem Sinn hat die CSU nicht ernst genommen“, sagt

Göppel. Stattdessen habe sie ihre Rhetorik immer weiter verschärft und den anderen Seiten kaum mehr zugehört.

„Jetzt sind die Grünen drauf und dran, die Repräsentanten des Heimatgefühls zu werden“, meint Göppel sogar. Mit dem Flächenfraß haben sie erstmals ein Thema besetzt, das auch jenseits der Großstädte bis hin zu den Bauern auf Widerhall stößt. Doch so beschäftigt die CSU mit der Flüchtlingspolitik und dem Schwesternstreit mit der CDU auch war – wenn sie ein Problem erkennt, dann reagiert sie. Söder kündigte als Reaktion auf die Volksinitiative ein ganzes Maßnahmenpaket an, um den Flächenverbrauch zu reduzieren. Und auch die von ihm initiierte Lockerung des Landesentwicklungsplans wurde im Wirtschaftsausschuss unter dem Vorsitz des früheren Parteichefs Erwin Huber abgemildert. Ein Passus steht jetzt darin, dass bei neuen Gewerbebauten das Landschaftsbild nicht gefährdet sein darf.

Die Hälfte des Flächenverbrauchs geht für Wohnraum drauf

Auch Huber gibt zu, dass ihm manchmal das Herz blute, wenn er entlang der Autobahn in seine niederbayerische Heimat all die neuen Gewerbehallen in der Landschaft stehen sieht. Niederbayern war wie viele Gegenden des Landes einst abgehängt, die Menschen zogen auf der Suche nach Arbeit weit weg. Heute haben dort allein die Werke von BMW und seinen Zulieferern Zehntausende Arbeitsplätze geschaffen. „Die Lockerungen im Baurecht mussten wir überhaupt erst machen, weil die gewerblichen Hallen so groß geworden sind, dass man sie nicht mehr in den kleinen Ortschaften bauen konnte“, sagt Huber.

Je mehr sich die einzelnen Standorte spezialisierten, desto mehr müsse von einer Fertigungsstätte zur anderen transportiert werden. Die Folge seien große Logistikhallen mit immensem Lastverkehr. „Das macht an den Autobahnausfahrten einfach mehr Sinn als in einer geschlossenen Ortschaft“, sagt Huber. Ganz zu schweigen von den Versandhändlern, die den Menschen jeden Tag die unzähligen im Internet bestellten Produkte liefern.

Schon vor zehn Jahren habe man ein „Bündnis Flächensparen“ geschaffen, um die Kommunalpolitiker zu sensibilisieren. Die CSU setzt auf langsame Einsicht statt auf Druck von oben. Und die Hälfte des Flächenverbrauchs, das ist Huber wichtig, gehe auf neuen Wohnraum zurück. Bayern wächst stetig. Und dass das Land bis in die letzten Winkel hinein prosperiert, ist sicher vor allem ein Erfolg der konsequent wirtschaftsfreundlichen Politik der CSU.

Die Politik muss sich auch mal den Unternehmen entgegenstellen

Auch Playmobil ist ein Kind der Region. Anfang der siebziger Jahre wurde das Unternehmen in der Nähe von Nürnberg gegründet und expandierte von dort aus in die Welt. Doch das Argument mit den Arbeitsplätzen zieht in Herrieden, das selbst einmal als Entwicklungsgebiet in der ländlichen Provinz zwischen Nürnberg und Stuttgart galt, heute nicht mehr so wie einst.

Die Erwerbslosenquote liegt irgendwo unter drei Prozent. Viele der Arbeiter in dem großen Playmobillager würden weite Wege nach Herrieden fahren, vermutet Göppel. Er will mit der Initiative gegen die Erweiterung der Gewerbeflächen kämpfen – auch weil er nicht daran glaubt, dass die Unternehmen solche gigantischen Verteilzentren für ihre Produktion auf Dauer wirklich brauchen.

Und Göppel hat auch ein Beispiel parat, wie es anders laufen kann. Im vorigen Jahr wollte auch ein örtlicher Küchenhersteller sein Stammwerk in Herrieden deutlich erweitern. Bürgermeister Alfons Brandl, der derzeit als Listenkandidat der CSU für den Landtag kandidiert, setzte sich für das Projekt ein und wollte im Flächennutzungsplan am Ortsrand 22 Hektar zusätzliche Gewerbefläche ausweisen, gemeinsam mit einer neuen Ortsumgehungsstraße, welche die bisher naturbelassenen Auen der Altmühl durchschnitt hätte. Die Einwohner protestierten, am Ende einigte man sich nach drei zähen Bürgerversammlungen auf einen Kompromiss: Das Unternehmen hatte auf den Druck hin noch einmal nachgerechnet und disponiert.

Und es kam zu dem Ergebnis, dass auch sechs Hektar Erweiterung ausreichen, wenn die vorhandene Fläche nur besser genutzt wird. Die Bürger, der Bürgermeister und die Möbelfirma, alle waren zufrieden. „Es will ja niemand die Unternehmen aus der Region vertreiben“, sagt Göppel. „Aber man darf einfach nicht so leichtfertig mit unserer Landschaft umgehen.“ Doch dafür müsse sich vor allem die Politik trauen, sich den Unternehmen auch mal entgegenzustellen.

Quelle: F.A.Z.